

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sandra Stein, Dr. Alaa Alhamwi, Dr. Sandra Detzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 21/4818 –**

Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk

Vorbemerkung der Fragesteller

Der deutsche Mittelstand steht zunehmend unter Druck. Während Medienberichte über Stellenabbau in großen Industrieunternehmen in den letzten Monaten stetig zugenommen haben, vollzieht sich der Stellenabbau in Mittelstand und Handwerk größtenteils geräuschlos, obwohl ca. 53 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Unternehmen arbeiten (www.ifm-bonn.org/statistiken/mittelstand-im-einzelnen/beschaeftigte, siehe auch www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Mittelstandsatlas/Mittelstandsatlas-2024/KfW-Mittelstandsatlas-2024.pdf). So wurden beispielsweise in der Branche des Groß- und Außenhandels, die traditionell von mittelständischen Unternehmen geprägt ist, kürzlich mehr als 43 000 Stellen abgebaut (Konjunktur: BGA – Großhandel verliert 43 000 Jobs in einem Jahr; www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/konjunktur-bga-grosshandel-verliert-43000-jobs-in-einem-jahr/100151956.html).

Auch die zunehmende Zahl an Unternehmensaufgaben – sowohl im Mittelstand als auch im Handwerk – wird kaum thematisiert. Einer KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)-Studie zufolge planen für die Jahre 2024 und 2025 rund 60 000 Handwerksbetriebe und mit diesen insgesamt 231 000 mittelständische Unternehmen, ihre Betriebe zu schließen – darunter etwa 21 000 Handwerksunternehmen und mit diesen insgesamt 43 000 mittelständische Betriebe, die aufgrund gescheiterter oder fehlender Nachfolgeregelungen ihren Betrieb einstellen mussten (www.deutsche-handwerks-zeitung.de/nachfolger-vergeblich-gesucht-mittelstand-droht-stilles-sterben-357628/).

Dieses als „stilles Sterben“ bekannte Phänomen beschreibt den schleichenden Rückzug von Unternehmen, die aufgrund struktureller Mängel wie der fehlenden Nachfolge, steigender Bürokratie oder Fachkräftemangel nicht mehr konkurrenzfähig sind. Anders als bei großflächigem Stellenabbau oder Insolvenzen bleibt dieser Prozess häufig im Verborgenen und wird erst dann wahrgenommen, wenn die Lücken in der Wirtschaft bereits spürbar sind.

Angesichts der großen Bedeutung des Mittelstands für Arbeitsplätze, dezentraler Wirtschaftsstrukturen und des Erhalts von Strukturen in ländlichen Räumen – die besonders stark unter Druck stehen – ist es auch nach Ansicht der

Fragestellenden dringend erforderlich, dieser Entwicklung mit gezielten Maßnahmen entgegenzuwirken und diese Regionen gezielt zu stärken.

1. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen (bis 250 Mitarbeitende) in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren abgebaut worden sind (bitte nach Jahren, Branchen, Unternehmensgröße, Bundesland und Grad der Ländlichkeit nach Thünen-Typologie aufgeschlüsselt listen)?

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben, in denen weniger als 250 Personen beschäftigt sind, in den vergangenen beiden Jahren geringfügig gesunken, während die Gesamtbeschäftigung in diesem Zeitraum leicht gestiegen ist.

Weitere Informationen nach Branchen und Bundesländern können den Tabellen in „Anlage 1 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit“ entnommen werden. Auswertungen der Statistik der BA nach dem Grad der Ländlichkeit liegen nicht vor.

2. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele Arbeitsplätze in Handwerksbetrieben in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren abgebaut worden sind (bitte nach Jahren, Branchen, Unternehmensgröße, Bundesland und Grad der Ländlichkeit nach Thünen-Typologie aufgeschlüsselt listen)?

Auswertungen der Statistik der BA liegen nach der Klassifikation der Berufe auch für Handwerksberufe vor, eine statistische Auswertung nach „Handwerksbetrieben“ ist jedoch nicht möglich. Der Bundesregierung liegen daher keine Kenntnisse über die Zahl der abgebauten Arbeitsplätze in Handwerksbetrieben vor.

3. In welchen Branchen und Bundesländern ist der Stellenabbau besonders stark, und welche Gründe sieht die Bundesregierung hier, und wie wird sie mit welchen konkreten Maßnahmen gegensteuern?

Nach Angaben der Beschäftigungsstatistik der BA ist der größte absolute Rückgang bei sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren bundesweit in der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften zu verzeichnen, gefolgt vom Einzelhandel und der Herstellung von Metallerzeugnissen. Weitere Informationen, wie die Entwicklung nach Bundesländern, können den Tabellen in „Anlage 1 Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit“ entnommen werden.

Einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Maßnahmen der Bundesregierung, die branchenübergreifend der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und zugleich einem Stellenabbau entgegenwirken, bietet der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2026 (www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/jahreswirtschaftsbericht-2026.pdf?__blob=publicationFile&v=1).

4. Wie viele Unternehmensaufgaben, die nicht auf eine Insolvenz zurückzuführen sind, gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren
 - a) unter deutschen mittelständischen Unternehmen,
 - b) unter deutschen Handwerksbetrieben,(bitte nach Jahren, Bundesland und Branche aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

5. Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie viele kleine, mittlere und Handwerksbetriebe in den letzten zwei Jahren von Großbetrieben aufgekauft wurden (bitte nach Jahren und Branchen aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

6. Wie viele Insolvenzen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung unter mittelständischen und Handwerksbetrieben in den vergangenen zwei Jahren (bitte nach Jahren, Bundesland und Branche aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung erhebt selbst keine eigenen Insolvenzdaten. Detaillierte Daten zu Unternehmensinsolvenzen, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Merkmalen wie Wirtschaftszweigen, Unternehmensgrößen oder Rechtsform, sind grundsätzlich auf der Hauptdatenbank des Statistischen Bundesamtes GENESIS verfügbar unter: <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/52411/details>

7. Welche Erklärungen liegen der Bundesregierung vor zu den Unterschieden bei Betriebsaufgaben zwischen ländlich und urban geprägten sowie zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen Deutschlands?
8. Worin sieht die Bundesregierung allgemein die Gründe für steigende Unternehmensaufgaben im Mittelstand und im Handwerk?

Die Fragen 7 und 8 werden gemeinsam beantwortet:

Gemäß dem Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2025 vom Januar 2026 der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hegen bis 2029 jährlich rund 114.000 KMU-Inhaberinnen und -Inhaber Stilllegungspläne für ihren Betrieb. Die KfW führt aus, dass in diesen Fällen eine Stilllegung entweder der derzeit einzig denkbare Weg oder zumindest eine ernsthaft erwogene Alternative sei. Als Gründe für eine geplante Stilllegung wurden in der zugrunde liegenden Befragung am häufigsten Altersgründe (52 Prozent), fehlendes Interesse in der Familie (47 Prozent) sowie zu viel Bürokratie (42 Prozent) genannt; ferner nannten 21 Prozent fehlenden Erfolg bei der Nachfolgersuche. 17 Prozent gaben an, dass die Geschäftssituation einen Verkauf verhindere, und 11 Prozent, dass die Nachfolgersuche zu aufwendig sei. Zur regionalen Verteilung von Betriebsaufgaben liegen der Bundesregierung keine Zahlen vor.

9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, ob der in Deutschland vorherrschende Fachkräftemangel zu einem verdeckten Stellenabbau führt?

Der Bundesregierung liegen über diesen Zusammenhang keine gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse vor.

10. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für Deutschland, wenn der Trend zu Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk anhält?
11. Welche Auswirkungen auf die Resilienz der deutschen Wirtschaft erwartet die Bundesregierung, wenn der Trend zu Unternehmensaufgaben in Mittelstand und Handwerk anhält?

Die Fragen 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet:

Der Fortbestand rentabler Betriebe ist für die Zukunftsfestigkeit des deutschen Mittelstands, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von zentraler Bedeutung. Insbesondere im ländlichen Raum sind erfolgreiche Unternehmensübergaben auch strukturpolitisch von großer Relevanz. Daher unterstützt die Bundesregierung Unternehmensnachfolgen mit zahlreichen finanziellen und nicht-finanziellen Instrumenten (siehe gemeinsame Antwort zu den Fragen 12 und 13). Konkrete Zahlen zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Unternehmensaufgaben liegen der Bundesregierung nicht vor.

12. Welche konkreten Maßnahmen plant oder prüft die Bundesregierung, um Unternehmensaufgaben bei mittelständischen und Handwerksbetrieben im Allgemeinen zu verhindern?
13. Welche Maßnahmen plant oder prüft die Bundesregierung, um Unternehmensaufgaben gezielt in ländlichen Regionen zu verhindern?

Die Frage 12 und 13 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt Unternehmensübergaben branchenunabhängig und deutschlandweit mit vielfältigen finanziellen und nicht-finanziellen Instrumenten wie beispielsweise gemeinsam von KfW und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie betriebenen Unternehmensnachfolgebörse nexxtchange und den zinsverbilligten ERP-/KfW-Förderkrediten wie dem ERP-Förderkredit Gründung und Nachfolge, bei dem eine Bürgschaftsbank eine 100-prozentige Garantie für die jeweilige Hausbank übernimmt. Auch der ERP-Gründerkredit StartGeld und der ERP-Förderkredit KMU stehen sowohl Neu- als auch Nachfolgegründungen offen. Darüber hinaus ist die KfW insbesondere mit den Regionalpartnern der Unternehmensnachfolgebörse nexxtchange, unter anderem Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern, in den Bundesländern in engem Austausch, um bei der Weiterentwicklung der Börse eine enge Abstimmung und Vernetzung mit weiteren Unterstützungsangeboten zu erreichen.

14. Gibt es Pläne, ein bundesweites Monitoring- oder Frühwarnsystem einzurichten, um stille Betriebs- und Stellenverluste besser zu erfassen?

Die Statistik der BA berichtet monatlich ausführlich über die Beschäftigungsentwicklung nach Branchen, Betriebsgrößen, Berufen und Regionen. Die inter-

aktiven Statistiken „Strukturwandel nach Berufen“ sowie „Auswirkungen der ökologischen Transformation auf den Arbeitsmarkt“ stellen darüber hinaus anschaulich die zeitlichen Entwicklungen in Branchen und Berufen dar, die besonders stark von aktuellen Veränderungen betroffen sind. Die monatliche Analyse „Frühindikatoren am Arbeitsmarkt“ betrachtet bereits Indikatoren wie die Arbeitsmarktnachfrage und frühzeitige Arbeitsuchendmeldungen, die auf mögliche Stellenverluste hinweisen.

15. Wann plant die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf für die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Rechtsform der Gesellschaft mit gebundenem Vermögen vorzulegen?

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bundesministerium der Finanzen haben im März 2026 zur Umsetzung des Koalitionsvertrages ein Rahmenkonzept für die Einführung einer neuen Rechtsform „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ (GmgV) vorgelegt. Die dazu eingeleitete Länder- und Verbändebeteiligung ist noch nicht abgeschlossen. Daran schließt sich die Auswertung der Stellungnahmen an. Ein konkreter Zeitplan für die weiteren Schritte liegt daher noch nicht vor.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.